

Katharina Jensen (CDU)

1. Die politischen Rahmenbedingungen müssen auf jeder Ebene und auf ganzer Linie gelockert und überdacht werden. Das oben genannte Beispiel zeigt, dass die Probleme oftmals nicht in Hannover und Berlin liegen. Niedersachsen als Agrarland Nr.1, und somit dessen Abgeordnete, müssen Druck auf die EU-Kommission und den Bundestag ausüben. Die Versorgungssicherheit kann nur ausreichend gewährleistet sein, wenn wir auf unseren Gunststandorten maximal produzieren können. Das heißt u.a. keine Flächenstillegungen mehr, europaweit einheitliche Wettbewerbsbedingungen, Neubeurteilung der Düngeverordnung, Handelslabel des Bundeslandwirtschaftsministerium in dieser Form nicht akzeptieren, da die ITW-Kriterien (Initiative Tierwohl) dadurch wieder gesetzlicher Standard werden. Ich möchte mich dafür stark machen, dass kein Moor wiedervernässt wird und so eine ganze Region, die von der Milchviehhaltung abhängig ist, an Wertschöpfung verliert. Auch Freiflächen-PV kann diesen sozio-ökonomischen Verlust für den gesamten Küstenstreifen nicht auffangen.

2. Die aktuelle Energiekrise, sowie die Inflation stellt alle vor große Herausforderungen. Jeder merkt jeden Tag, dass alles teurer geworden ist. Gesamtgesellschaftlich gibt es nur ein Mittel, das flächendeckend und alle Menschen gleichermaßen entlastet, im Gegensatz zu den Entlastungspaketen der Regierung; dies sind Steuersenkungen. Wir sind in Europa Steuer-Weltmeister, es gibt aber die Möglichkeit Steuern wie z.B. die Stromsteuer, die Energiesteuer oder auch die Mehrwertsteuer auf das europäische Mindestmaß zu reduzieren. Beispielsweise könnte die Stromsteuer bei Unternehmen auf 0,05 ct gesenkt werden, bei Privathaushalten auf 0,1 ct. Die Senkung der Einkommenssteuer wäre ein weiteres Mittel. Die CO₂- Abgabe muss ausgesetzt werden, bei einem CO₂ Preis von 30 € pro t macht das 7 ct bzw 8 ct bei Benzin und Diesel aus. Der Einkommensteuertarif muss an die Inflationsrate angepasst werden, also die Kalte Progression abschaffen! Im ländlichen Raum sind die Menschen auf ihr Auto angewiesen, daher macht es Sinn, die Pendlerpauschale auf 60 ct ab dem ersten km anzuheben. Schlussendlich muss der Mittelstand, dargestellt in all seinen Facetten, grundlegend entlastet werden. Dies kann auch maßgeblich durch den immer wieder geforderten Bürokratieabbau geschehen, denn dieser bindet zu viele Arbeitskräfte und hemmt die Entwicklung der mittelständischen Betriebe.

3. Die meisten Menschen schätzen das Leben auf dem Land und auch immer mehr mittelständische Unternehmen haben erkannt, dass dies für sie eine Alternative sein

kann; beispielsweise Ingenieurbüros. Voraussetzung ist eine gute digitale Infrastruktur. Auch hier benötigen wir „Deutschlandgeschwindigkeit“, nicht nur für unsere Unternehmen, auch für Schulen und Verwaltungen. Des Weiteren entscheiden sich Familien für das Land, wenn es ausreichend Schulen gibt und das Angebot an Kindertagesstätten gut ist. Ich möchte mich für den Erhalt der Dorfschulen einsetzen. Dafür brauchen wir mehr Lehrkräfte, der Beruf muss attraktiver werden. Sie müssen von bürokratischen Vorgängen entlastet werden, damit sie ihrem Lehrauftrag zu 100 % nachkommen können und die Unterrichtsversorgung wieder ansteigt.

Förderschulen müssen unbedingt erhalten werden, um jedem Kind gerecht zu werden! Zur Grundversorgung gehört auch die ärztliche Versorgung, besonders im Bereich der kinderärztlichen Versorgung haben wir große Engpässe. Durch die Schaffung weiterer Studienplätze in Oldenburg, sowie in Zusammenarbeit mit der KV müssen Anreizsysteme gefunden werden, damit Ärzte und Ärztinnen sich in unterversorgten Gebieten niederlassen. Medizinische Zentren, z.B sozialpädiatrische Zentren, zu etablieren, kann eine Chance sein und würde auch die Kliniken stärken. Berücksichtigt man, dass vermehrt Frauen Medizin studieren, sollte die Verbundausbildung (Facharztausbildung in einer Praxis) gefördert werden. So kann auch die Praxisnachfolge positiv unterstützt werden.

4. Das Land Niedersachsen hat durch die Novellierung des Jagdgesetzes und somit die Aufnahme des Wolfs in das Jagdgesetz einen wichtigen und richtigen Schritt getan. Trotzdem hat der Wolf weiterhin eine ganzjährige Schonzeit. Dies kann sich nur ändern, wenn das BMU den Anhang 4 der FFH-Richtlinie in nationales Recht umsetzt und den günstigen Erhaltungszustand erklärt. Das dies möglich ist, zeigen EU-Länder wie Frankreich oder Schweden. Die Wolfspopulation in Niedersachsen ist nicht gefährdet. Der gesellschaftliche Frieden ist es aber allemal, das haben die jüngsten Risse in Friesland gezeigt. Es ist absolut notwendig, dem Wolf Einhalt zu gebieten, damit im Sinne des Tierwohls und der Wahrung unserer Kultur an der Küste, die Weidetierhaltung weiterhin möglich ist. 1,1 Mio. Niedersachsen werden von 1200 km Deichlinie vor Hochwasser geschützt. Wir benötigen wolfsfreie Areale, damit der Küstenschutz durch Schafe gewährleistet bleibt. Niedersachsen hat seine Möglichkeiten derzeit ausgeschöpft, so dass ich nur an alle Politiker, die im Bundestag sitzen, (insbesondere die Grünen, da das Bundesumweltministerium grün geführt ist) appellieren kann, sich dafür stark zu machen die FFH-Richtlinie voll umzusetzen. Ich stehe an der Seite der Tierhalter und werde öffentlich weiterhin zu diesem Thema Haltung zeigen und in alle Richtungen aufklären. Ich werde mich weiterhin dafür einsetzen, dass der Wolf eine Jagdzeit bekommt, denn alle Herdenschutzmaßnahmen sind ineffektiv, unbezahlbar und nicht praktikabel.